K-3-1082 Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: LAG GesSoz
Beschlussdatum: 10.02.2021

Änderungsantrag zu K-3

Von Zeile 58 bis 64:
Für uns ist klar: Für Gesundheit ~~wird~~ist nicht ~~primär von der~~alleine die Gesundheitspolitik ~~gemacht~~verantwortlich, sondern jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei Fragen der Mobilität bzw. der Verkehrswende, in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, im Bildungsbereich, in der Sozialpolitik, beim Klimaschutz oder in der Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit ~~unser Ziel. Wir wollen erreichen, dass alle Berliner*innen~~, unabhängig vom Geldbeutel, ~~die gleichen gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben~~unser Ziel. Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

Begründung

Politik, egal welches Ressort, "macht" nicht Gesundheit. Politik kann nur die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich Gesundheit entfalten kann und die Menschen in einer gesundheitsförderlichen Umgebung leben können.

Streichung im vorletzten Satz: gleiche gesundheitsfördernde Lebensbedingungen für alle ist unrealistisch– Menschen treffen kontinuierlich Entscheidungen, die dazu führen, dass sie unter schlechteren gesundheitlichen Lebensbedingungen leben als andere, das können und wollen wir nicht ändern – zudem wird die Intention durch die Formulierung „der gesundheitlichen Chancengleichheit" im Satz zuvor deutlich.